



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

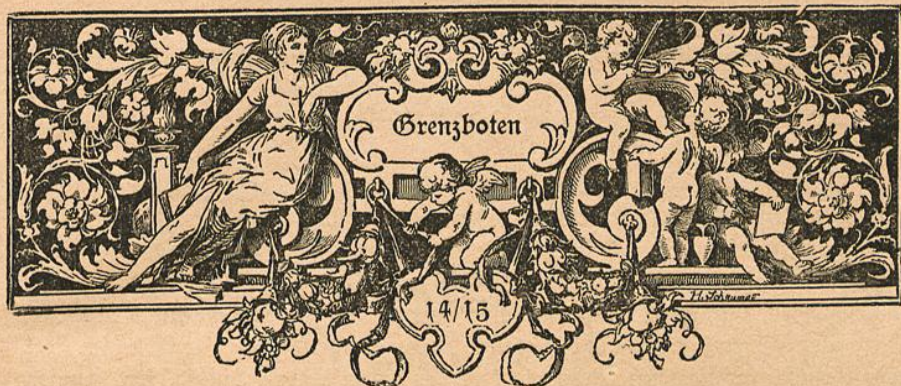
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

v. Watter: Der Selbstschutz

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 10. April 1921

Es muß daher in der Nation das Gefühl des Unwillens erhalten werden über den Druck und die Abhängigkeit von einem fremden übermütigen, täglich gehaltloser werdenden Volke. Man muß sie mit dem Gedanken der Selbsthilfe, der Aufopferung des Lebens und des Eigentums, das ohnehin halb ein Mittel und ein Raub der herrschenden Nation wird, vertraut erhalten, man muß gewisse Ideen über die Art, wie Widerstand zu erregen und zu leiten, verbreiten und beleben. Hierzu werden sich mehrere Mittel auffinden und anwenden lassen, ohne daß die Regierung dabei tätig ist, die aber bei schießlicher Gelegenheit und unter günstigen Umständen diesen Geist wird benutzen können.

Freiherr vom Stein, 1808.

Der Selbstschutz

Von Generalleutnant a. D. Fehr. v. Watter



Seitdem im Januar und März vorigen Jahres der Aufstand in Mittelddeutschland und im Ruhrgebiet tobte, ist mehr als ein Jahr vergangen. In meinen Händen lag damals in Westfalen und in Teilen des unbefetzten Rheinlandes die ausübende Gewalt, die auf meinen Antrag infolge der Januarunruhen im März mit sehr erweiterten gesetzlichen Vollmachten ausgestattet war. Die Aufgabe war: den Brand zu löschen, des Aufstandes Herr zu werden. Bevor die Aufgabe restlos gelöst war, sah ich mich genötigt, von einem Posten zurückzutreten, auf dem man mir bei Durchführung meiner Aufgabe Arme und Beine zu binden versuchte, indem man die außerordentlichen Vollmachten gerade in dem Augenblick, wo ich sie für den Endzweck am notwendigsten brauchte, wieder einschränken wollte. Anstatt den Brand zu löschen, den Aufstand niederzuschlagen, begnügte man sich damit, die Glut des Feuers zu dämpfen und denen die Türen offen zu lassen, die sich gegen Volk und Vaterland vergingen, die den Landes- und Hochverrat auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Mehr will ich über diese Angelegenheit nicht sagen.

Ein Jahr habe ich geschwiegen, habe mir Zurückhaltung auferlegt, um auch nicht den geringsten Anschein zu erwecken, als wolle ich meine Person über die

Grenzboten II 1921

Sache stellen und anderen Veranlassung zur Verhezung geben. Die Zeiten seit meinem Abgange haben aber meine Ansichten nicht geändert und die Vorgänge der letzten Wochen zwingen mich, meine Zurückhaltung aufzugeben und ein Wort mitzusprechen.

Daß ich auf dem Gebiete der inneren Unruhen nach anderthalbjähriger Tätigkeit im Industriegebiet einige Erfahrungen besitze, daß ich insbesondere mir ein Bild machen konnte und kann, wie seitens der Kommunisten und ihres rechts und links benachbarten Anhanges Mittel und Wege für Aufstände und Staatsumwälzungen vorbereitet und gewählt werden, wird wohl niemand bezweifeln.

Der Öffentlichkeit ist der ganze Zusammenhang der Vorgänge im Ruhr- und rheinisch-westfälischen Industriegebiet vor einem Jahre lange nicht genügend bekannt geworden. Nahezu anderthalb Jahre wurde dort ein Kampf gegen den radikalen Umsturz in den verschiedenartigsten Phasen geführt. Was half die Einsicht großer Massen verständiger Elemente und immer ordnungsliebender werdender Arbeiter gegenüber dem radikalen Willen verhegender Ordnungsfeinde. Es wiederholte sich immer dasselbe Bild: den mächtigen Schutz einer ordnungsliebenden Macht der manchmal wirklich Gutes wollenden Regierung entbehrend, wurden sie mitgerissen durch den rücksichtslos einsetzenden Terror der Minderheiten.

Die Aufstände der jüngsten Zeit sind ja nicht im entferntesten zu vergleichen mit jenen Kämpfen, die sich vor einem Jahre dort unten im Industriegebiet abgespielt haben. Es waren diesmal Teilerscheinungen, lokale Erhebungen ohne zündende Parole, die auf Anstiften einiger besonders ehrgeiziger und dabei gewissenloser Führer entstanden. Die unabhängige Sozialdemokratie ist von Anfang an von der ganzen Bewegung offensichtlich abgerückt. Die Oberleitung der kommunistischen Parteien hat keine Parolen ausgegeben; im Gegenteil, ihr schienen die jetzigen Aktionen alles andere als erwünscht. Inwieweit die Ausbreitung der Unruhen durch nicht genügend rasches, rücksichtsloses Einschreiten begünstigt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Vielleicht hat man auch geglaubt, die ordnungsliebenden Elemente in Deutschland herausfordern zu können, um dann zum allgemeinen Gegenkampf aufrufen zu dürfen. Wie dem auch sei, wieder erwies sich, daß Minderheiten Gutgesinnte terrorisieren, daß an Ruhe und Ordnung in Deutschland noch lange nicht zu denken ist, und daß die vielen Waffen, die sich in Deutschland an versteckten Orten noch befinden sollen, tatsächlich in Massen noch in Händen der Unruhestifter und Kommunisten sind, daß die deutsche Schutzpolizei dank der Diktate der Entente mit Pistole und Karabiner gegen schwere Maschinengewehre anrennen mußte. Das geht ja auch aus der Anerkennung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen an die Schutzpolizei hervor, die gegen einen „numerisch stärkeren und technisch besser ausgerüsteten Gegner“ kämpfen mußte. Das in Sachsen eingeschlagene Verfahren hat verteilte Ähnlichkeit mit dem, das man mir im Vorjahre aufdrängen wollte. Es entspricht vielleicht der Auffassung gewisser zaghafter Teile der Bevölkerung, führt aber zu unverhältnismäßigen Verlusten bei der Schupo ohne sichere Gewähr für durchschlagenden Erfolg. Man schafft Gesetze über Waffenabgabe und Entwaffnung, die sich, wie unter anderem ihre hohen Geldstrafen erkennen lassen, in erster Linie gegen Freunde der Ordnung und solche Organisationen richten, die für Ruhe und gesetzliche Zustände sorgen wollen. Zu gleicher Zeit verspricht derselbe Oberpräsident, der

nachträglich den Ordnungstruppen seine Anerkennung ausdrückt und der noch vor knapp einem halben Jahre alle Nachrichten über die „rote Armee in Sachsen“ als übertrieben hinstellte, den Aufständischen, bei der Waffenabgabe nicht nach den Namen der Gesetzesübertreter und Landesverräter zu fragen. Diejenigen aber, die sich in Selbstschutzorganisationen zusammengefunden haben, werden mit strengen Strafen bedroht. Und bedauerlicherweise besteht die Tatsache, daß weite Kreise unseres Volkes sich gar nicht klar sind über die Gefahren, in denen sie schweben, Gefahren, die den ganzen Willen zum Wiederaufbau gegenstandslos machen. Auch hier erlebt man wieder dasselbe Bild: der ordnungsliebende Deutsche läßt sich nicht aufklären.

Wie schwer es damals im Ruhrgebiet gewesen ist, die Allgemeinheit, ja selbst verantwortliche Stellen über die tatsächlich bereiten Kräfte aller Umsturz- bewegungen und über die dem Staate und allen Ordnungsliebenden drohenden Gefahren aufzuklären, wissen diejenigen am besten, die an leitender Stelle im dortigen Gebiet gewirkt oder Einblick erhalten haben. Noch mehr als damals befinden sich heute Regierung und vaterländisches Volk in Gefahr, noch mehr als damals stehen sie vor der Frage, wie sie gegebenen Falles in Notwehr handeln sollen. Schon beginnt das Gefühl der Unsicherheit und des Wehrlos- seins sich in der ordnungsliebenden Bevölkerung Mitteldeutschlands fühlbar zu machen. Aus sich heraus sendet das deutsche Volk jener Gegenden telegraphische Hilferufe an die Reichsregierung und die preussische Landesregierung. Man fordert Reichsmehr, man verlangt das Recht des Selbstschutzes, ja man droht, sich zum Selbstschutz zu organisieren. Man erkennt die Notwehr, in der man sich befindet.

Solange es geordnete Rechtsverhältnisse gab und geben wird, ist die Not- wehr ein Grundrecht aller Staaten und Völker. Die Notwehr berechtigt jeden einzelnen, dort, wo anderer Schutz für ihn ausbleibt, von diesem äußersten Mittel Gebrauch zu machen, um sein Leben und sein Eigentum vor widerrechtlicher Ver- gewaltigung zu schützen. In der ganzen Welt ist dies anerkannt, und das öffent- liche Rechtsgefühl geht so weit, daß man es dem Mann als unfrei und unmännlich verdenkt, wenn er zur Verteidigung des Heiligsten davon nicht Gebrauch macht. Was für den einzelnen innerhalb des Staatslebens gilt, ist auch in den all- gemeinen Gebrauch und die Auffassung des Völkerlebens übergegangen. Ein Staatengebilde, das, in räuberischer Weise in seiner Existenz und nationalen Ehre bedroht, nicht zur Notwehr greift, verliert die Achtung und Geltung im Kreise seiner Mitstaaten. Die ganzen Grundsätze idealer Schwärmer zerfallen vor der unumstößlichen Tatsache, daß die Erde nicht von Engeln, sondern von Menschen bewohnt ist, mit allen ihren Fehlern, Gebrechen und verbrecherischen Neigungen. Der Versailler Vertrag, die Konferenzen von Spa und London und schwächliche eigene Haltung haben dazu geführt, daß die realen Machtmittel des Staates auf ein Maß zurückgebildet werden mußten, daß sie nicht nur nach unserem Urteil, sondern auch nach dem Urteil maßvoller Neutraler und Ausländer nicht mehr genügen, um Aufruhrbestrebungen im Innern oder räuberischen Bedrohungen unserer Grenzgebiete unbedingt Herr zu sein. Wir sind machtlos gemacht. Diese Erkenntnis hat sich wohl allmählich mit Erschrecken durchgerungen. Sie muß eine bleibende Aufmunterung sein für alle diejenigen Elemente, die, sei es im Innern, sei es an den Grenzen, in verbrecherischer Weise zum Umsturz drängen. Ein

vaterländisches Empfinden und ein Verständnis für die wahren Folgen ihres Tuns fehlt diesen Menschen. Damit ist nicht nur der Bestand Deutschlands gefährdet, sondern hört auch das Gefühl auf, daß Leben und Eigentum und die Freiheit der Arbeit geschützt sind. Der Reichsregierung will ich keinen Vorwurf über Eintreten dieser Verhältnisse machen. Sie ist durch die von ihren Vorgängern übernommenen Verträge gebunden. Wer will demgegenüber leugnen, daß das Grundrecht der Notwehr in vollem Maße auf uns zutrifft. Die Notwehr des einzelnen auf das Staatswesen übertragen, führt zu der moralischen Berechtigung von auf Notwehr eingestellten Notschutz- und Selbstschutzverbänden. Sie sind in ganz geordneten Staaten mit festen und genügenden staatlischen Mitteln beinahe durchweg in irgendeiner Form vorhanden, oder werden in neuester Zeit, den allgemeinen Zeitverhältnissen, dem drohenden Umsturz Rechnung tragend, gebildet. Das einzige Argument, das innerhalb Deutschlands gegen sie von ängstlichen und die Verhältnisse nicht klar überblickenden Seiten geltend gemacht wird, ist das ewig wiederkehrende Gespenst der Reaktion und des Mißbrauchs dieser Organisationen zur Ausführung reaktionärer Absichten. Diese Furcht hindert die ordnungsliebenden Elemente des Staates in großen Teilen Deutschlands, sich machtvoll zusammenzuschließen. Genährt wird dieser Argwohn durch die begreifliche Agitation der Elemente, die die Straße beherrschen wollen. Sie wissen genau, welche Macht Organisation bedeutet, und haben das brennendste Interesse daran, sie auf sich allein zu beschränken. Und der Deutsche legt seinen Fehler nicht ab, sich durch jede geschickte Propaganda Meinungen und Ansichten aufdrängen zu lassen. Nun endlich einmal weg mit all den erfundenen und erdichteten Befürchtungen vor drohender Reaktion und klaren Blick für die uns vorliegende Notwendigkeit und Berechtigung der Notwehr!

Gelingt es Deutschland nicht, endlich einmal im Innern geordnete Verhältnisse herzustellen und den immer wieder drohenden Umsturz zu verhindern, so reißt die Welle ganz Europa mit. Die Folgen lassen sich in ihrer verheerenden Wirkung aber mit dem schon abschreckend genug dastehenden Rußland nicht vergleichen. Deutschland hat dann einfach ausgespielt.

Waffen sollen wir nicht mehr haben! Aber wir können auch mit Herz und Sinn, mit Geist und Verstand, mit Vaterlandsliebe, Stammesbewußtsein und trotziger Entschlossenheit uns zusammenschließen, unser Notwehrrecht organisieren. In Bayern ist auch das gelungen; dort reicht jeder in jeder Form die Hand zum Schutze des Landes. Das sind keine Reaktionäre, die sich in den Selbstschutzorganisationen zusammengefunden haben, das sind Männer aller Klassen und Berufe, das sind alles Gutgesinnte und Ordnungsliebende. Die Leitsätze des so oft verleumdeten Escherichbundes sind so kurz und klar, daß der Schutz Deutschlands und der ordnungsliebenden Deutschen und sonst nichts ihre beschworene Aufgabe ist.

Und nun noch eine Frage, die doch jedem Deutschen zu denken Veranlassung geben sollte: Was veranlaßt, denn eigentlich unsere äußeren Feinde uns in diese auch nach innen hilflose Notwehrlage zu versetzen?

Was innerhalb der Entente vorgeht, zu beurteilen, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Tatsache ist, daß hinter allen ihren dringenden Forderungen in erster Linie der eiserne Vernichtungswille Frankreichs steht. Er gebietet, und dadurch tritt die Erkenntnis zurück, die sich denkenden Menschen in den uns bisher feindlich

gejünnten Ländern aufdrängen müßte. Es ist neben dem durch ein Menschenalter hindurch genährten fanatischen und sadistischen Haß die zitternde Angst vor Deutschland. Die machtvolle Überlegenheit des unvergleichlichen deutschen Volkshercres hat Frankreich trotz des ihm schließlich zugefallenen Sieges zu klar erkannt. Die Erkenntnis davon liegt ihm lähmend in den Gliedern. Es fürchtet Vergeltung, und daher läßt sich die Masse leicht betören durch das angstvolle Gespenst eines bevorstehenden Angriffs Deutschlands. Abgesehen davon, daß Deutschland niemals Frankreich angegriffen hat, ist es Wahnsinn, der den auf ihre militärischen Fähigkeiten pochenden französischen Führer eigentlich nicht zuzutrauen sein sollte, anzunehmen, daß ein tatsächlich entwaffnetes Volk gegen einen mit den modernen Kampfmitteln übersättigt ausgerüsteten Gegner zum Angriff schreiten könnte. Das ist unter den jetzt gegebenen Verhältnissen eine faktische Unmöglichkeit. Ein paar tausend Gewehre mehr oder weniger ändern an dieser Sachlage nichts.

Wenn von der Gegenseite als Schuld Deutschlands angeführt wird, daß wir in den beiden letzten Kriegen tatsächlich angegriffen hätten, indem wir nach Eröffnung des Krieges diesen strategisch und taktisch angriffsweise geführt haben, so ist das eine Täuschung der öffentlichen Meinung, deren Grundzweck allzu durchsichtig ist. Wir haben den Krieg immer nur von dem bewährten preussisch-deutschen Grundsatz aus geführt, daß der Hieb die beste Parade ist, und sind deshalb, nachdem uns der Krieg aufgezwungen war, schnell zum Angriff übergegangen. Niemals aber hätten wir, wenn uns Frankreich in Ruhe gelassen hätte, von uns aus dieses zum Kriege genötigt. In Wahrheit will Frankreich, daß Deutschland als Staat von der Karte verschwindet. Aber dieses Recht des Lebens, der Existenz und des Schutzes unseres Landes und unseres Eigentums können und dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Lassen wir die Erfahrungen der letzten beiden Jahre um unseres lieben Deutschlands willen nicht ungenutzt. Beseitigen wir endlich einmal gegenüber allen uns so zahlreich umdrängenden Gefahren das gegenseitige Mißtrauen, alle Parteiinteressen und stellen wir uns nur ein auf die lebenswichtigste Frage der Erhaltung Deutschlands, deutschen Lebens, deutschen Fleisches und der Möglichkeit des Wiederaufbaus oder der Wiederaufrichtung aus der furchtbaren Lage. Dann aber wird die Überzeugung auch in jedem Deutschen mächtig durchbrechen: wir brauchen als Gebot der Notwehr und nicht zum letzten Ende als Stütze unserer verfassungsmäßigen Regierung einen Selbstschutz.

